



Heft 1/2007

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

»Kampf für ein soziales Europa«

Editorial	3
Andreas Bieler Der Kampf für ein soziales Europa: Gewerkschaften und die neoliberale Umstrukturierung der Europäischen Union	6
Klaus Dräger Europäisches Sozialmodell, Wettbewerbsfähigkeit und die neoliberale »Modernisierung«	16
Christoph Hermann Neoliberalismus und die Europäische Union	27
Ines Hofbauer Das »Europäische Sozialmodell« als transnationales Modernisierungs- und Legitimationskonzept	38
Jane Lewis Arbeit, Familie und Gleichstellung Politikentwicklungen auf europäischer Ebene	48
Martin Kronauer Exklusion und das Europäische Sozial(staats)modell	62
Thorsten Schulten Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik	75
Wolfgang Greif Kurswechsel in der Europäischen Union einleiten Europa braucht mehr Soziales	86
Birgit Mahnkopf Das Sozialmodell einer aggressiven Handelsmacht: Zur Funktionalisierung von Sozialpolitik für die Außenwirtschaftsstrategie der EU	92
Aktuelle Debatte: Ein neues Regierungsprogramm in Österreich Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) Kampf um ein sozialeres Österreich – abgeblasen!	110
AutorInnen	120

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: »Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.«

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)

A-1015 Wien, Postfach 162

E-mail: beigewum@beigewum.at

Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax: (43) 01/ 586 80 70

Redaktion

Joachim Becker, Susanne Pernicka, Werner Raza, Christa Schlager, Elisabeth Springler, Beat Weber

Heftredaktion: Christoph Hermann, Ines Hofbauer, Roland Atzmüller

Umschlag: Thomas Kussin

Druckunterlagen: gerhard pany

Druck

REMAprint, Wien

Bankverbindungen

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.

Bank Austria AG 684 055 114

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel

© 2007 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis

Einzelheft Euro 10,50 (zuzüglich Porto)

Normalabonnement Euro 29,-

StudentInnenabonnement Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)

Auslandsabonnement Euro 36,-

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag/ Kurswechsel Große Neugasse 35, A-1040 Wien

Fax: (01) 586 80 70

E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Die Zeitschrift Kurswechsel liegt in folgenden Buchhandlungen auf:

buchhandlung a.punkt – Brigitte Salanda, Fischerstiege 1–7, 1010 Wien

Zentralbuchhandlung, Schulerstraße 1–3, 1010 Wien

Buchhandlung Winter, Landesgerichtstraße 20, 1010 Wien

Buchhandlung Alex Stelzer, Hauptplatz 17, 4020 Linz

Studia Büchershop, Herzog-Sigmund-Ufer 15, 6020 Innsbruck

Die Hefte können darüberhinaus in jeder Buchhandlung bestellt werden

Editorial

Der Begriff Europäisches Sozialmodell (ESM) ist seit einigen Jahren zu einem allgegenwärtigen Schlagwort in den öffentlichen, politischen und zunehmend auch wissenschaftlichen Diskussionen um die Zukunft der EU geworden. Auch wenn dies selten direkt angesprochen wird, so steckt hinter diesem Begriff doch die Idee, dass sich Europa von anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen in anderen Teilen der Welt unterscheidet.

Die Rede von einem ESM ist dabei gleichzeitig – wenn auch eher implizit – mit der Auffassung verbunden, dass sich Europa mit einem eigenständigen Weg in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik positiv von der Situation in anderen Teilen der Welt unterscheidet und daher vorbildhaft in der zukünftigen Gestaltung von Globalisierung wirken könne.

Im Kern geht es dabei insbesondere um den Vergleich zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika. Europa, so eine oftmals genannte Argumentation, mag zwar über ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt pro EinwohnerIn verfügen, dafür gibt es aber weniger Armut und mehr ökonomische Gleichheit (Alesina/Glaeser 2004).

Auf der anderen Seite haben die letzten drei Jahrzehnte neoliberaler Restrukturierung in Europa tief greifende Veränderungen gebracht, die zum Teil genau jene sozialen Eigenschaften in Frage stellten und modifizierten, die im Allgemeinen mit dem Europäischen Sozialmodell in Verbindung gebracht werden: Ein vergleichsweise hohes Maß an sozialer Sicherheit, weit ausgebauten Rechten der ArbeitnehmerInnen, eine frei zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sowie ein allgemeines und effektives Pensionssystem.

Unseres Erachtens läuft die simple Gegenüberstellung zwischen einem auf sozialen Rechten und Gleichheit beruhenden ESM auf der einen Seite und einem auf Konkurrenz und Marktfreiheit ausgerichteten US-amerikanischen Modell auf der anderen Seite Gefahr, sich auf eine Position der Verteidigung der europäischen Sozialsysteme zurückzuziehen und zu übersehen, dass diese selbst auf einer Reihe von Ungleichheiten und Diskriminierungen (u. a. Geschlechterverhältnisse, MigrantInnen) beruhen und diese reproduzieren. Es ist daher aus unserer Sicht notwendig, nicht nur die Krise des ESM zu beklagen, sondern auch Optionen für eine emanzipatorische Vertiefung sozialer Rechte wie Teilhabe und Mitbestimmung aufzuzeigen. Diese Thematik wird daher auch in einigen Beiträgen aus unterschiedlicher Perspektive (bspw. Rolle der Gewerkschaften, Einführung eines Mindestlohns, Gleichstellung der Geschlechter etc.) ausführlich diskutiert.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Politik der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, öffentlicher Verkehr oder Postdienste. Die Frage, wie Privatisierung und Europäisches Sozialmodell zusammen passen, stellt sich auch eine Gruppe von europäischen SozialwissenschaftlerInnen, die in einem dreijährigen, von der Europäischen Kommission finanzierten, Forschungsnetzwerk zusammenarbeiten. Der Titel des Projektes lautet *Privatisation and the European Social Model* (PRESOM). Es wird von Jörg Hufschmid und Jacqueline Runje von der Universität Dortmund koordiniert.¹ Auch

die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) ist Teil dieses Netzwerkes. Als solches hat FORBA im Frühjahr 2006 in Wien einen internationalen Workshop zum Thema *Konzepte des Europäischen Sozialmodells* organisiert. Ein Großteil der Beiträge in diesem Heft wurde auf diesem Workshop vorgestellt und ausführlich diskutiert. Die Aufsätze repräsentieren die oft sehr unterschiedlichen, ja mitunter widersprüchlichen Ansätze und Blickwinkel auf das Thema Europäisches Sozialmodell. Darüber hinaus haben wir eine Reihe zusätzlicher AutorInnen um Beiträge gebeten, um die Diskussion um einige zusätzliche Aspekte erweitern zu können.

Andreas Bieler beschreibt in seinem Beitrag die verschiedenen Konzepte und sozialen Kämpfe hinter dem Projekt Europa. Laut Bielers Analyse haben die europäischen Eliten Europa seit den 1980er Jahren schrittweise in Richtung eines stärker am Markt ausgerichteten angloamerikanischen Kapitalismus-Modells getrieben. Da er aber davon ausgeht, dass es sich um ein offenes Projekt handelt, sieht er durchaus Chancen für ein von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen getragenes emanzipatives Gegenmodell.

Klaus Dräger knüpft an aktuelle Diskussionen zu Wohlfahrtsstaatsmodellen an und setzt sich insbesondere mit dem sehr einflussreichen Konzept des belgischen Ökonomen André Sapir auseinander. Sapir bestätigt eine Unterteilung Europas in ein Kontinentales, Nordisches, Mediterranes und Angelsächsisches Modell und kommt zum Schluss, dass im Zeitalter der Globalisierung nur das Nordische und Angelsächsische Modell überlebensfähig seien. Anstatt aber in der Folge das Nordische Modell zu propagieren, rät Sapir, die nicht überlebensfähigen Modelle zu flexibilisieren und zu deregulieren. Dräger hingegen bricht eine Lanze für die nordischen Wohlfahrtsstaaten als gesellschaftspolitisches Leitbild, da sie, trotz Einsparungen, noch immer als die großzügigsten Sozialstaaten der Welt gelten.

Christoph Hermann geht in seinem Beitrag der Frage nach, inwiefern sich die europäische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vom neoliberalen Mainstream unterscheidet. Er kommt zum Schluss, dass dies in wesentlichen Politikfeldern wie dem Gemeinsamen Markt, der Wirtschafts- und Währungsunion und der Beschäftigungspolitik nicht der Fall ist. Im Gegenteil: in manchen Belangen geht die Europäische Union sogar noch weiter in die neoliberale Richtung als die USA. Sein Fazit ist, dass durch den europäischen Integrationsprozess jene Errungenschaften ausgehebelt werden, welche die Essenz der europäischen Sozialmodelle darstellen.

Ines Hofbauer hat die Verwendung des Begriffes Europäisches Sozialmodell in offiziellen europäischen Dokumenten und Schriften analysiert und kommt dabei zum Schluss, dass der Diskurs über das Europäische Sozialmodell im Wesentlichen zwei Zwecke erfüllt: Einerseits dient er zur Legitimation einer Politik, die in vielerlei Hinsicht genau jene Werte und institutionellen Rahmenbedingungen aushöhlt, auf die eine soziale und solidarische Gesellschaft aufgebaut ist. Andererseits dient das Europäische Sozialmodell aber auch dazu, eine Modernisierung der nationalen Modelle voranzutreiben, in der alle sozialen Belange den Zielen der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung untergeordnet werden.

Jane Lewis zeigt in ähnlicher Weise wie Gleichstellungspolitik von Frauen durch die Politik des Mainstreaming zu einem Modernisierungsinstrument wird, in der Frage sozialer Gerechtigkeit ultimativ der Wettbewerbs- und Beschäftigungspolitik untergeordnet wird. Als Resultat gibt es zwar mehr Frauen in bezahlter Beschäftigung, keineswegs aber eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter

Arbeit. Versorgungsarbeit wird nach wie vor zum größten Teil von Frauen geleistet.

Martin Kronauer sucht in seinem Beitrag nach dem Gemeinsamen der europäischen Wohlfahrtsstaaten und findet dabei die Kategorie Inklusion als ein Kernprinzip der verschiedenen Sozial(staats)modelle. Gleichzeitig führt aber auch die unmittelbar mit Inklusion verbundene Kategorie der Exklusion die Schwächen der europäischen Sozialmodelle vor Augen. Kronauer geht dann einen Schritt weiter und diskutiert die Herausforderungen der Exklusion für ein zukünftiges Europäisches Sozialmodell. Auch in diesem Fall haben vor allem die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre das Problem eher verschärft als entspannt.

Eine gemeinsame europäische Mindestlohnpolitik, wie sie von *Thorsten Schulten* in seinem Beitrag gefordert wird, wäre ein wichtiger und konkreter Beitrag zur Herausbildung eines Europäischen Sozialmodells. Schulten beschreibt die bestehenden Mindestlohnregelungen in Europa, die in zwei Kategorien zusammengefasst werden können: gesetzliche und kollektivvertragliche Mindestlöhne. Im Falle der gesetzlichen Mindestlöhne reicht die Spannweite von 32 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens in Tschechien bis zu 62 Prozent in Frankreich. Schulten fordert, dass das Niveau europaweit zuerst auf 50 und später auf 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens angehoben wird.

Wolfgang Greif spinnt den Faden weiter und zeigt die negativen Folgen der herrschenden Politik für die europäischen ArbeitnehmerInnen auf. Er plädiert für eine neue wachstumsorientierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und für einen Stopp der Flexibilisierungs- und Deregulierungspraktiken im Arbeitsrecht. Eine Front tut sich in dieser Hinsicht mit dem kürzlich vorgestellten »Grünbuch Arbeitsrecht« auf. Die Vorschläge der Europäischen Kommission laufen insgesamt auf eine weitere Prekarisierung der Beschäftigten in Europa und damit auf eine Rekommodifizierung der Arbeitskraft hinaus.

Im letzten Beitrag streicht *Birgit Mahnkopf* die Rolle der Solidarität in einem sozialen Europa heraus. Das zusehends am Wettbewerb orientierte Europäische Sozialmodell wirft sowohl Fragen der Kohäsion als auch der Kohärenz auf. Nirgendwo wird der Widerspruch deutlicher als bei der europäischen Handelspolitik gegenüber Entwicklungsländern. Entgegen der allgemeinen Rhetorik bedient sich die EU einer ausgesprochen aggressiven Handelspolitik und schämt sich keinen Moment, die eigenen Interessen gegenüber ökonomisch schwächeren Ländern durchzusetzen. Mahnkopf plädiert dafür, dass sowohl die sozialen Beziehungen innerhalb Europas als auch zwischen Europa und dem Rest der Welt nicht an Konkurrenz sondern an Solidarität ausgerichtet sein müssen.

Abschließend möchten wir uns beim PRESOM-Netzwerk und bei FORBA bedanken, ohne deren Unterstützung die Zusammenstellung dieses Heftes nicht möglich gewesen wäre. Ein besonderer Dank gilt auch Sylvia Köchl und Diana Wehlau für ihre Hilfe bei der Bearbeitung und Übersetzung der Beiträge.

Christoph Hermann, Ines Hofbauer, Roland Atzmüller

Literatur

Alesina, Alberto/ Edward Glaeser (2004) *Fighting Poverty in the US and Europe*, Oxford

Anmerkung

1 Website: www.presom.eu. Projektnummer: CIT5-CIT-2006-026810